

<b>Antrags.-Nr.:</b>  <b>Vorläufige Nummer</b>  <b>A3</b>	<b>Titel des Antrags:</b>  Für sexy Bildung in NRW - Bildung demokratisch, repressionsfrei und sozial organisieren		
	<b>Antragssteller:</b>  LandessprecherInnenrat		
	<b>Angenommen</b>	<b>Abgelehnt</b>	<b>Vertagt</b>

## 5 Präambel

10 Nordrhein-Westfalen bleibt sitzen. Während Banker den Crash an den Finanzmärkten verursachten und die Schäden ihrer Zockerei mit Milliarden vom Staat übernommen wurden, steht es um die Bildung schlechter denn je. Was in den Bilanzen der West LB und anderer verschwand, hätte die Zustände beenden können, die SchülerInnen, StudentInnen, LehrerInnen und Eltern schon lange anprangern. Es ist grotesk, dass Schulklassen 30 SchülerInnen und mehr umfassen, weil angeblich kein Geld da ist, gleichzeitig aber Milliarden bereitgestellt werden, wenn die Bankerlobby auf der Matte steht.

15 Es sind nicht die vielbeschworenen „knappen Kassen“, die eine bessere Bildung verhindern; es ist der politische Wille der herrschenden Parteien und die fortwährende Fixierung auf die Leitmotive der kapitalistischen Wirtschaftsordnung: Selektion, Konkurrenz, Ausgrenzung.

20 Bildung in NRW heißt, dass bereits vor dem Besuch der Grundschule vorbestimmt ist, wer welchen Bildungsweg gehen soll. Fehlende Kitaplätze und hohe Gebühren sorgen dafür, dass Bildung vor allem bei denen, die es sich nicht leisten können, zur Mangelware wird. Diese soziale Auslese nach dem Kontostand der Eltern zieht sich durch alle Bildungsbereiche. Das gegliederte Schulwesen selektiert im Sinne derjenigen, die NRW-Bildungspolitik betreiben. Es bevorzugt die Kinder reicher Eltern und diskriminiert MigrantInnen systematisch. Wer sich teure Nachhilfe oder die Schulmaterialien nicht leisten kann, steht auf verlorenem Posten. Eine Durchlässigkeit des gegliederten Schulsystems besteht – sie führt allerdings nach unten. Wer einmal dort ist, gilt als  
30 abgeschrieben.

35 In einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung wird die Bildung unter das Diktat des Marktes gestellt. Konkurrenz ist der Maßstab, nach dem jede/jeder sich selbst die/der Nächste ist. Kopfnoten und Noten im Allgemeinen sollen eine gefügige, auf die Bedürfnisse der Wirtschaft zugeschnittene Masse an Humankapital produzieren. Sie dienen als Züchtigungsmittel für diejenigen, die sich mit den herrschenden Verhältnissen nicht abfinden wollen. Junge Menschen sollen so auf Markt und Wirtschaft abgerichtet werden. Immer mehr Prüfungen und Vergleichsarbeiten verstärken diesen Konkurrenzdruck, indem die Angst davor, in Zukunft keine Arbeit zu finden, weiter geschürt wird. Die Einführung

40 des Turboabis, also die Verkürzung des Gymnasiums auf acht Jahre, macht deutlich, dass Auswendiglernen für die Wirtschaft Priorität hat; es soll immer mehr auswendig gelernt werden - in immer weniger Zeit. Politisches Engagement wird verhindert, Freiräume verwehrt, kritisches Denken unterbunden.

45 Die Einführung des Ganztagsbetriebes an den Schulen in NRW entpuppt sich als Ausweitung dessen, was ohnehin bestand. Pauken nach Plan mit dem einzigen Unterschied, dass nun ein oft minderwertiges und meist auch noch teures Mittagessen angeboten wird. Ganztags sollte jedoch bedeuten, Schule als Lebensraum zu begreifen. Unterricht muss in das Schulleben integriert werden. Das erfordert mehr Personal, mehr  
50 finanziellen Spielraum und fortschrittliche, dem Frontalunterricht eine Absage erteilende Konzepte, die gemeinsam unter Beteiligung von SchülerInnen und Lehrern ausgearbeitet werden.

### 55 **Selektion beenden, Konkurrenzdruck stoppen!**

Als Linksjugend [ ´solid] streiten wir für ein grundsätzlich anderes Bildungssystem.

Wir wollen gleiche Chancen für alle SchülerInnen durch die Einführung von einer Schule  
60 für Alle und damit verbunden die Abschaffung des gegliederten Schulsystems. Eine Schule für Alle bedeutet auch Privatschulen abschaffen und beinhaltet auch Inklusion. Außerdem halten wir den Umweg über die Abschaffung der Hauptschulen für falsch, wir brauchen Veränderungen jetzt. Die soziale Ungleichheit ist bestimmend für die Ungleichheiten im Bildungsbereich. Daher müssen unsere Forderungen nach Veränderungen des  
65 Bildungssystems einhergehen mit der Forderung nach gleichen materiellen Zugangsbedingungen für Schülerinnen und Schüler, Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. (Kopf-)Noten, Turboabi und steigenden Prüfungsdruck lehnen wir entschieden ab. Wir wollen kleinere Klassen und mehr LehrerInnen, SozialarbeiterInnen und PsychologInnen an unseren Schulen. Schule braucht Freiräume. Die zunehmende  
70 Überwachung von SchülerInnen durch Videokameras an Schulen gehört abgeschafft, im Zuge des Ganztags müssen SchülerInnen Räume bekommen, in denen sie sich der Beobachtung und Kontrolle der LehrerInnen entziehen können.

- Gleiche Chancen für alle, Ausgrenzung verhindern
- 75 • Gegliedertes Schulsystem abschaffen
- Freiräume gewährleisten

### **Nicht nur „wie“ sondern auch „was“ – Unterricht radikal verändern!**

80 In der öffentlichen Debatte wird viel um das „wie“ im Bildungssektor gerungen. Für uns als Jugendverband ist dies nur der Anfang. Das System selbst muss grundlegend verändert werden. Doch auch das beste System wird es nicht schaffen gute Bildung zu vermitteln, wenn die Inhalte so bleiben wie sie sind. Die Lehrpläne sind voll gestopft mit Vorgaben, welches Faktenwissen die SchülerInnen bis zur nächsten Klassenarbeit oder zentralen  
85 Prüfung präsent haben müssen. Einen großen Teil dieses Wissens hat nach spätestens einem Jahr beinahe jede SchülerIn bereits wieder vergessen. Wichtige, aktuelle gesellschaftspolitische Themen werden dabei (wenn überhaupt) nur am Rande behandelt. Wenn sich nach einer Wahl Politiker darüber verwundert zeigen, dass nur wenig Jugendliche zur Wahl gehen und kurz darauf mehr Prüfungen und mehr „Vergleichbarkeit“

90 von SchülerInnen fordern, dann zeugt dies von Politikunfähigkeit. Wer in der Schule nur  
auf stupides Abspulen von Auswendiggelerntem setzt braucht sich nicht wundern, wenn  
ein Interesse an Politik und Demokratie fehlt. Wir fordern, den Unterricht und seine  
Inhalte radikal zu verändern. Wir wollen, dass junge Menschen das System, in dem sie  
leben kritisch hinterfragen und sich mit ihrer eigenen Situation auseinandersetzen.  
95 Insbesondere wollen wir:

### **Demokratie leben – Echte Mitbestimmung statt purem Konsum**

100 Was gelehrt und gelernt wird ist Sache des Lehrplans und der Lehrkräfte. Freiräume zur  
intensiveren Diskussion eines Sachverhalts oder Themas existieren nicht und gerade  
Turbo- und zentrale Prüfungen haben eine Selbstbestimmung von Inhalten durch die  
SchülerInnen faktisch unmöglich gemacht. Zu einem demokratischen Bildungssystem  
gehört die eigene Mitbestimmung über Lerninhalte. Starr vorgesetzte Materie, die die  
Bedürfnisse von Jugendlichen gänzlich ignoriert, erfüllt diese Anforderung nicht.

105 Demokratie muss im Unterricht gelebt werden, sie muss außerdem Gegenstand des  
Unterrichtes sein. Heute geschieht dies in abstrakter Form allenfalls im Politikunterricht.  
Demokratie ist jedoch ein Querschnittsthema, das prioritär behandelt werden muss.

110 Die Schwächung der SchülerInnenvertretungen durch die Abschaffung der Drittelparität  
der Schulkonferenzen hat die Entdemokratisierung der Schule befördert.  
Schülerschaftliches Engagement muss gefördert werden. Die SchülerInnenvertretungen  
brauchen mehr Freiräume, finanzielle Mittel und wirklichen Einfluss auf alles, was die  
SchülerInnen betrifft.

- 115
- Demokratie muss Schwerpunktthema sein
  - Keine starren Lehrinhalte, Mitbestimmung für SchülerInnen
  - 40-40-20, statt Drittelparität (also jeweils 40% der Stimmen in der Schulkonferenz  
für die LehrerInnen und SchülerInnen, 20% für die Eltern)
- 120
- finanzielle Mittel der SchülerInnenvertretungen sicherstellen

### **Antifaschismus und Antirassismus an die Schule!**

125 In Zeiten, in denen autonome Nationalisten demonstrieren, MigrantInnen von Neonazis  
massiv bedroht oder attackiert werden, Rechtspopulisten mit fremdenfeindlichen  
Äußerungen an Boden gewinnen und in denen große Teile der Gesellschaft latent in  
rassistische Denkmuster zurückfallen, wird Faschismus in der Schule so behandelt, als sei  
er „nur Geschichte“. Gerade über die in der Gesellschaft tief verankerten Vorurteile  
gegenüber MigrantInnen müssen Diskussionen in der Schule geführt werden. Heutiger  
130 Neonazismus muss intensiv behandelt und seine ideologische Hetzerei gegenüber  
Andersdenkenden entlarvt werden. Dabei müssen die SchülerInnen ermutigt werden,  
ihren Protest gegen Nazis auszudrücken. Schule muss der Ort sein, an dem Widerstand  
gegen Nazis aufgebaut und gelebt wird. Projekte gegen Rechts, intensive Aufklärung im  
historischen Kontext über die ideologischen Grundmuster faschistischer Systeme und des  
135 deutschen Faschismus und ein Verständnis der Entstehung von Rassismus und  
Ausgrenzung dürfen in nordrhein-westfälischen Schulen nicht fehlen. Außerdem muss die  
Verknüpfung von Kapital und Faschismus im NS-Regime thematisiert werden.

Besonderes Augenmerk muss hierbei auf den Alltagsrassismus gelegt werden. Staat und

140 Gesellschaft bedienen sich allzu oft Vorurteilen und Schubladendenken. Diese diskriminierenden Strukturen müssen beseitigt, Rassismus und Schubladendenken vorgebeugt werden. Für eine freie und gleiche Gesellschaft muss die Egalität aller Menschen als Leitprinzip weiter durchgesetzt werden.

145 Wir fordern mehr Exkursionen zu KZ-Gedenkstätten und mehr Zeitzeugenprojekte. Der Schrecken des NS-Terrors darf nicht nur in Lehrbüchern behandelt werden.

- Protest gegen Nazis stärken
- Antifaschistische Projekte unterstützen

150

### **Mehr Sex & Drugs statt Dämonisierung**

155 Während GrundschülerInnen mittlerweile auf dem Schulhof Gangbang-Videos auf ihren Handys tauschen, ist Sex in Schule und Unterricht allenfalls ein Randthema. Sexuelle Aufklärung und einen geeigneten Ort über Sex, Liebe und Partnerschaft zu sprechen haben Jugendliche in der Schule nicht. Allenfalls im Biologieunterricht wird über Sex geredet – allerdings, wenn überhaupt, nur im Zusammenhang mit den „technischen“ Fragen und Gefahren. Eine Sexaufklärung, die diesen Namen verdient, findet nicht  
160 statt. Wenn nur über „Bienchen und Blümchen“ geredet wird, wird dies der Lebenswirklichkeit junger Menschen nicht gerecht.

Sex und Partnerschaft zwischen Mann und Frau wird als Pseudo-Standard definiert. Schwule, Lesben, Transgender und andere Lebensweisen kommen in der heutigen  
165 Sexualerziehung so gut wie nicht vor. Gesellschaftliche Akzeptanz von von der gesellschaftlichen Norm abweichenden Lebensentwürfen kann nur gefördert werden, wenn sie auch in der Schule ihren Platz findet. Gerade junge Menschen im Coming-Out müssen, auch angesichts der sieben Mal höheren Selbstmordrate, durch Aufklärung unterstützt werden.

170

Alkohol, Zigaretten, Gras. Es gibt viele Drogen, die Jugendliche konsumieren. Sofern diese im Unterricht thematisiert werden, geschieht dies in der Regel im Zusammenhang mit der rechtlichen Situation. Es handelt sich um „Prävention“ mit dem erhobenen Zeigefinger, deren Wirksamkeit arg bezweifelt werden muss. Besonders bei Jugendlichen schlägt eine  
175 Dämonisierung und Kriminalisierung von Drogen meistens nicht an. Statt Repression und Verbot muss die Erziehung zur Drogenmündigkeit im Mittelpunkt stehen. Gerade bei Alkohol geht es nicht darum den Konsum zu verbieten, sondern zu vermitteln, dass der Konsum in einem verantwortungsvollen Rahmen stattfinden muss. Es ist verlogen, wenn über die „besoffenen Jugendlichen“ geredet wird, sich gleichzeitig aber Erwachsene auf  
180 Weinfesten, privaten Partys oder anderen gesellschaftlichen Events die Kante geben. Nur eine sachliche und glaubwürdige Aufklärung über die Wirkung und Risiken von Drogen kann dazu beitragen, einen selbstverantwortlichen Umgang mit Rauschmitteln zu entwickeln und die Selbstgefährdung einzuschätzen.

- 185
- Sex an die Schule, Aufklärung ehrlich gestalten
  - Lebensweisen anerkennen, Diskriminierung entgegentreten
  - Erziehung zur Drogenmündigkeit, statt Verbote

### **Migration nicht ausklammern!**

190

Viele Kinder, die in Deutschland leben, haben einen Migrationshintergrund. Eine plurale und offene Gesellschaft muss Migration und Integration als Querschnittsthemen verstehen und entsprechend auch im Bildungsbereich Möglichkeiten schaffen darüber zu diskutieren. Integration wird nur dann funktionieren, wenn sich unterschiedliche Kulturen aufeinander zu bewegen. Es gibt keine deutsche „Leitkultur“, sondern allgemein gültige Grundrechte. Der fortwährende Bezug auf „christliche Werte“ und die „Kultur des christlichen Abendlandes“ steht einer fortschrittlichen Migrations- und Integrationspolitik kontradiktorisch entgegen. Vielmehr ist kulturelle Vielfalt die Voraussetzung für Integration. Schon in der Lehrerinnenausbildung muss dieser Faktor berücksichtigt werden.

195

200

Studien belegen, dass Jugendliche allein aufgrund ihres Migrationshintergrundes schlechtere Noten bekommen, als Kinder ohne Migrationshintergrund. Diskriminierung und Rassismus haben in Schulen keinen Platz und müssen verhindert, MigrantInnen wirksam geschützt werden.

205

Die Situation von AsylbewerberInnen und Illegalen muss im Unterricht thematisiert und kritisch hinterfragt werden. Die Anzeige von SchülerInnen, die (oder deren Familie) sich illegal in Deutschland aufhalten darf keine Konsequenzen nach sich ziehen. Andernfalls werden „illegale“ Kinder für ihren Schulbesuch bestraft. Bildung ist ein Menschenrecht. Kritisch hinterfragt werden müssen auch die Abschiebep Praxis und -regelungen in der Bundesrepublik.

210

- Migration in den Unterricht
- Diskriminierung und Rassismus bekämpfen
- „Illegale“ müssen ein Recht auf Bildung haben

215

### **Fremdeinflüsse abwehren – freie Bildung ermöglichen**

220

Religion ist bis heute Schulfach an staatlichen Bildungseinrichtungen. Dabei ist es nur das Christentum, das als einzige Religion an deutschen Schulen unterrichtet wird. Begründet wird dies oft mit dem „christlichen Weltbild“ unserer Gesellschaft. Schon in der Propagierung des Christentums als „Leitkultur“ liegt eine Abwertung von Menschen anderen Glaubens und anderer Herkunft. Für uns steht jedoch im Vordergrund, dass der Staat über die persönliche Entscheidung, wem oder was man glaubt, nicht zu befinden hat, geschweige denn, dass er durch das Bereitstellen und finanzieren von LehrerInnen und Lehrmaterial eine religiöse Indoktrinierung fördert. Vielmehr liegt seine Aufgabe darin, sich neutral in Bezug auf Religion zu verhalten. Deshalb fordern wir „Ethik“ als verpflichtendes Schulfach, Religion gehört nicht in die Schule.

225

230

Die Bundeswehr wirbt aggressiv an Schulen dafür, sich nach der schulischen Ausbildung für eine bei der Armee zu entscheiden. Dabei werden die unmenschlichen Auswirkungen von Waffen und Krieg bagatellisiert und Militarismus gefördert. Das Kooperationsabkommen zwischen der Bundeswehr und dem Land muss sofort aufgekündigt werden, das Werben an Schulen durch Soldaten muss verboten werden. Vielmehr muss über friedliche Wege der Konfliktbewältigung diskutiert und informiert werden.

235

Konzerne versuchen durch Sponsoring und Reklame, ihre wirtschaftlichen und

240 ideologischen Interessen durchzusetzen. Das Land versucht Geld zu sparen, indem es Versorgungslücken im Bildungssystem mit Hilfe von Sponsoren ausfüllt. So sollen SchülerInnen zu markthörigem Nachwuchs erzogen werden. Diese Entwicklung lehnen wir entschieden ab.

- 245
- Ethikunterricht, Religion gehört nicht in die Schule
  - Bundeswehr wegtreten
  - Keine Einmischung von Privaten in die Schulen

250

### **Solidarität fördern, Konflikte entschärfen**

Das persönliche Gespräch zwischen SchülerInnen und LehrerInnen findet im Schulbetrieb nur selten statt. SchülerInnen werden mit Problemen wie Mobbing aufgrund der  
255 mangelhaften Betreuungssituation oft alleine gelassen. Nicht erst die Amokläufe der vergangenen Zeit zeigen, dass Ausgrenzung Alltag an unseren Schulen ist.

Konfliktfähigkeit und gegenseitiger Respekt müssen gefördert werden, Probleme in der Klasse mit den Lehrkräften gemeinsam bewältigt werden. Umso wichtiger ist es, dass  
260 LehrerInnen ansprechbar sind für SchülerInnen und sich intensiv um ihre Klasse und die vorhandenen Konflikte kümmern. Es muss Zeit sein über Konflikte zu sprechen, dies verhindern aktuell jedoch die vollgestopften Lehrpläne. Wir wollen, dass Lehrerinnen nicht nur „lehren“, sondern sich aktiv für ein gutes Zusammenleben einsetzen. Dazu gehört zum  
265 Beispiel auch, dass sie regelmäßig mit der Klasse über die aktuelle Situation sprechen und sich nicht, etwa im Falle des Ganztagesbetriebes, ins Lehrerzimmer zurück ziehen, sondern Sprechzeiten für SchülerInnen bei Problemen oder Fragen anbieten. Dies erfordert allerdings eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Schulen. Überdies sollen SozialarbeiterInnen an Schulen eingesetzt werden.

- 270
- Mehr Personal und Geld für Bildung
  - Probleme gemeinsam lösen, statt Autoritätsperson raushängen lassen – SchülerInnen ernst nehmen

### **Ob Schule oder Uni – Verwertungslogik durchbrechen!**

275

Genau wie in der Schule setzt sich in der Hochschule das Prinzip der Verwertungslogik durch. Bildung wird immer mehr als Ware angesehen, die möglichst effizient vermittelt werden muss. Es passt ins Bild, dass diese vermeintliche Ware durch Studiengebühren ihren Preis bekommen hat. Durch das Hochschulfreiheitsgesetz werden Hochschulen  
280 ökonomisiert und auf Markt getrimmt, die Studierenden werden zu reinen Konsumenten, sofern sie es sich leisten können. Kritische Wissenschaften bleiben so auf der Strecke.

Den Studierenden wurde durch die Einführung des Hochschulrates das letzte bisschen Mitbestimmung genommen. Hier sitzen nun nicht demokratisch legitimierte, sondern  
285 externe Vertreter die mit dem Hochschulbetrieb nicht vertraut sind und treffen Entscheidungen, die für die Uni von enormer Bedeutung sind.

Unter dem Slogan der „Drittmittelbeschaffung“ sollen sich Hochschulen prostituieren um an die nötigen Gelder zu kommen. So kaufen sich viele Unternehmen wie die Atomindustrie die Wissenschaft, die dann die für sie passenden Erkenntnisse liefern sollen. Auch

290 militärische Unternehmen und Waffenfabrikanten schrecken nicht davor zurück, die Unis  
als Forschungsunternehmen zu missbrauchen. Dabei nutzen sie nicht nur  
Forschungsergebnisse, sondern versuchen auch ihr Image aufzupolieren und qualifiziertes  
Personal zu aquirieren. Mit Planspielen, Workshops und Stipendien wollen sie Studierende  
langfristig an sich binden. Sie agieren dabei nicht im Interesse der StudentInnen, sondern  
295 im Interesse des Profits.

Die Hochschulräte müssen sofort abgeschafft werden und die Senate demokratisiert  
werden. Demokratie muss auch an der Uni gelten, deswegen müssen die Studierenden im  
Senat mindestens genauso viele Stimmen erhalten, wie es ihrer Mitgliedschaft an der  
Hochschule entspricht.

- 300
- Demokratisierung der Unis, Abschaffung der Hochschulräte
  - Finanzierung der Unis sicherstellen
  - Unternehmen raus aus den Unis, Kriegsforschung beenden

### 305 **Studiengebühren abschaffen – und zwar alle!**

Die Einführung der Langzeitstudiengebühren durch rot-grün in NRW war ein Dambruch.  
Der nächste Schritt, nämlich Durch die Einführung allgemeiner Studiengebühren, wurde  
durch SPD und Grüne vorbereitet und durch CDU/FDP vollzogen. Alle vier Parteien stehen  
310 für soziale Selektion. Was schon in der Schule beginnt, wird durch die Campusmaut  
verstärkt und an der Uni fortgesetzt. Wessen Eltern die Studiengebühren nicht zahlen  
können ist gezwungen, Kredite in Anspruch zu nehmen. Nach dem Studium droht ein  
riesiger Schuldenberg. Gerade wenn das Bafög gering ist oder gar abgelehnt wird, müssen  
die Studierenden während des Studiums, bei meist nur geringem Lohn, schuften.

315 Die Ausweitung von Stipendiatensystemen lehnen wir ab. Sie fördern nur einige wenige.  
Ihr Ausbau wird langfristig dazu führen, dass Neoliberale die Abschaffung der allgemeinen  
Studienunterstützung (Bafög) vorantreiben. Stipendien sind Bildung für Eliten, nicht für  
Massen.

- 320
- Sofortige Abschaffung der Studiengebühren (auch für „Langzeitstudie-rende“) und  
die Rückzahlung der schon geleisteten Beiträge, sowie ein Ende der  
Unterfinanzierung der Universitäten
  - Erhalt des Bafög und Ausbau zu einem repressionsfreien Studienhonorar
  - 325 • Bildung für alle, statt für Eliten

### **Was ist eigentlich dieses Bätchelohr – und warum verhindert es kritische Wissenschaft?**

330 Das Bachelor/Mastersystem (Ba/Ma) sollte mehr europäische Vergleichbarkeit von  
Studiengängen. In der Realität aber, entwickelt sich Ba/Ma zum größten Bürokratiemontser  
in der Geschichte der Hochschulen. Das Chaos bei der Einführung, lässt komplette  
Studiengänge unstudierbar werden. Wo sich das Wechseln zwischen zwei Hochschulen  
früher als schwierig gestaltete, ist es heute unmöglich geworden.

335 Mit der Einführung des Ba/Ma wurde vor allem die Verschulung der Uni vorangetrieben.  
Stundenpläne wurden zusammengestrichen und mit Inhalten überfrachtet. Vieler Orts  
wurde Anwesenheitspflicht eingeführt, von hochschulischer Freiheit ist kaum noch etwas  
übrig. Im Studium selbst zählen beinahe nur noch bloße Fakten. Verstehen von  
Zusammenhängen und Reflektion des Gelernten wird mit Ba/Ma zur Nebensache. Kritische

340 Menschen sind der Landesregierung offenbar ein Dorn im Auge. Mit der Verknappung der  
Masterplätze soll die Konkurrenz zwischen den KommilitonInnen verschärft werden. Es  
heißt: Entweder er/sie oder ich.  
Wissenschaften brauchen Zeit für kritische Auseinandersetzung. Eine bessere  
Studierbarkeit der Studiengänge und unbürokratische Möglichkeiten, während des  
345 Studiums zwischen den Unis zu wechseln. Für jeden Bachelor absolventen einen  
Masterplatz.

### **Für ein Recht auf Ausbildung**

350 Die desolante Situation auf dem Ausbildungsmarkt ist gewollt. Unternehmen bilden nicht  
aus, obwohl sie könnten und die Politik schaut zu. Der einzige Rat ist bisweilen, dass sich  
Jugendliche einfach mehr und besser bewerben sollten. Dies ist angesichts von  
hunderttausenden fehlenden Ausbildungsplätzen an Zynismus kaum zu überbieten. Die  
Ausbildungslücke wird nicht durch mehr Bewerbungsbögen geschlossen, sondern nur,  
355 wenn auch real mehr Ausbildungsplätze geschaffen werden. Jugendliche haben ein Recht  
auf Ausbildung, der Staat muss dafür sorgen, dass genügend Ausbildungsplätze zur  
Verfügung stehen.

- Recht auf Ausbildung im Grundgesetz

360

### **Wer nicht ausbildet - wird umgelegt!**

„Der Markt“ sorgt nicht von sich aus für ausreichende Ausbildung, vielmehr werden  
Ausbildungsstellen abgebaut. Ausgebildete Fachkräfte kommen den Unternehmen zugute.  
365 Auch denjenigen, die nicht ausbilden, obwohl sie es könnten. Diese müssen stärker in die  
Pflicht genommen werden. Wir fordern eine bundesweite Ausbildungsumlage; wer nicht  
ausbildet muss zahlen. Die so frei gewordenen Mittel müssen in Ausbildungsplätze im  
öffentlichen Sektor investiert werden. Nicht zuletzt muss auch der Staat selbst seine  
Ausbildungsquote erhöhen. Mindestens 10 % sind nötig und möglich.

370

- Bundesweite Ausbildungsumlage einführen
- öffentliche Ausbildungsquote 10%

### **Ausbildungssituation verbessern**

375

Auszubildende werden als „Kostenfaktor“ gesehen, der möglichst niedrig gehalten werden  
muss. Unbezahlte Überstunden sind die Regel, die niedrige Ausbildungsvergütung ist zu  
viel zum sterben und zu wenig zum leben. Der Azubi soll sich aus Sicht des Unternehmens  
„lohnen“. Dazu kommt die Unsicherheit, ob man nach der Ausbildung überhaupt einen Job  
380 bekommt. Übernahmen sind jedenfalls äußerst selten und wenn, dann befristet.  
Mitspracherechte haben Auszubildende, mangels Auszubildendenvertretung oder  
Betriebsrat, in vielen Unternehmen nicht. Immer öfter werden diejenigen, die bei  
Misständen den Mund aufmachen oder sich bei der Gewerkschaft engagieren, von ihren  
Arbeitgebern unter Druck gesetzt.

385

Unsicherheiten bestehen gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten auch bei der Frage,  
wie lange der Ausbildungsplatz überhaupt besteht. Bei Unternehmenspleiten verlieren  
Auszubildende ihren Ausbildungsplatz selbst dann, wenn sie kurz vorm Abschluss stehen.  
Azubis und Belegschaft zahlen somit die Zeche für falsche Managemententscheidungen.

390 Die schlechte Ausbildungssituation sorgt in der Folge oft dafür, dass Jugendliche ihre Ausbildung überhaupt nicht fortsetzen können. Azubis brauchen eine Ausbildungsgarantie. Deshalb fordern wir, dass der Staat Azubis bei Unternehmenspleiten übernimmt.

- Übernahmegarantie für mindestens ein halbes Jahr
- 395
- Mitspracherechte ausbauen, Jugendvertretung ermöglichen
  - Kündigungsschutz ausbauen
  - Übernahme von Azubis durch den Staat bei Unternehmenspleiten

### **Auf der Straße, in der Schule – Wir wollen bessere Bildung jetzt!**

400 Aktuell beginnen CDU, FDP, SPD und Grüne damit, die Missstände im Bildungssektor anzuprangern. Letztere erstrecken sich für sie jedoch auf schlechte Noten und ein vermeintliches Absinken des Bildungsniveaus im Allgemeinen. Dies ist umso zynischer, wenn man bedenkt, dass sie sie selbst, teils Hand in Hand, verschärft bzw. verursacht

405 haben. Ihre Sorge um die schulische Bildung ist jedoch nur die Angst vor sinkender Verwertbarkeit von Jugendlichen in der Wirtschaft. Bildung ist finanzieller Faktor, nicht Grundvoraussetzung für demokratische Teilhabe und Selbstverwirklichung.

410 Linksjugend [´solid] wird weiter für ein besseres, gerechteres Bildungssystem streiten. Wir wollen Bildung für alle, statt nur für Eliten. Bildung muss frei und demokratisch organisiert sein, ihre Ökonomisierung gestoppt werden. Der Bildungstreik hat gezeigt: Wir sind viele, wir machen Druck. Wir kämpfen gegen Selektion und Diskriminierung gemeinsam mit SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern auf der Straße und in den Schulen.

415 Der Bildungstreik 2009, bei dem mehrere hunderttausend junge Menschen auf der Straße waren, hat gezeigt, dass die katastrophalen Zustände im Bildungssystem dringend beendet werden müssen. Als bewegungsorientierter Jugendverband, werden wir in den Bildungstreikbündnissen mitwirken. Die schwarz-gelbe Landesregierung, aber auch SPD und Grüne werden sich, wie in den letzten Jahren, nicht bewegen. Sie halten am

420 grundsätzlichen Konkurrenzmodell fest. Nur wenn wir außerparlamentarisch Druck machen, wird sich etwas ändern. Je öfter die herrschende Politik unsere Forderungen ignoriert, desto heftiger muss unser Protest sein. Um Protest erfolgreich zu organisieren müssen wir in die Schulen und in die Unis. Im Mai wird erneut für bessere Bildung gestreikt werden. Für uns kann es um nicht mehr gehen, als zu zeigen:

425

**Ignoriert uns und das Land steht still!**